



Antrag

der Fraktion der SPD

Verschwörungserzählungen stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag sieht mit Sorge die Entwicklungen, die sich im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ergeben. Er verurteilt, dass die so genannten „Hygiene-Demos“, bei denen Menschen ihre Sorgen zum Ausdruck bringen, teilweise missbraucht werden, um eine grundsätzliche Ablehnung demokratischer Institutionen, die Verbreitung von Verschwörungserzählungen, die Abqualifizierung medizinischer Fachkompetenz, rechtspopulistische Stimmungsmache und Aufrufe zu „Widerstand“ und Gewalt zu propagieren.

Um der zunehmenden Verbreitung von Verschwörungserzählungen zur Corona-Pandemie entgegenzuwirken, fordert der Landtag:

1. Gemeinsam mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung soll Material für kommunale und landesweite Institutionen sowie politische Bildungsangebote zur Verfügung gestellt werden, die Verschwörungserzählungen und -mythen aufdecken und Faktenchecks unterziehen.
2. Die Förderung von Medienkompetenz als Demokratiekompetenz an den Schulen und in der Weiterbildung auszubauen. Dabei soll Medienkompetenz im

Netz ein Schwerpunkt sein. Hierzu gehört auch die kritische Auseinandersetzung mit neuen Medien und Algorithmen.

3. Die Versuche von Rechtsextremisten und Demokratiefeinden, die Corona-Proteste vor ihren Wagen zu spannen, müssen beobachtet werden. Das geltende Recht zur Strafverfolgung von Hass, Rechtsextremismus und Aufrufen zu Gewalt muss – gerade angesichts der Corona-Krise – angewendet werden.

Der Landtag trägt mit seiner Arbeit dazu bei, legitim vorgetragene Kritik und die Sorgen der Bevölkerung rund um die Corona-Pandemie aufzunehmen und den Dialog zu suchen. Demokratiefeindlichen und rechtsextremen Positionen stellt er sich jedoch entschlossen entgegen.

Begründung:

Im Zuge der Corona-Pandemie gibt es auch in Schleswig-Holstein Kritik an den staatlichen Maßnahmen. Unter den demokratischen Protest gegen die Einschränkung von Grundrechten mischen sich dabei auch demokratieablehnende und rechtsextreme Positionen. Kräfte, die einen anderen, undemokratischen Staat wollen, versuchen sich als Vorkämpfer für demokratische Rechte darzustellen. Dies ist ein Grund zur Sorge.

Politische Entscheidungen müssen auf nachvollziehbaren Argumenten beruhen und ständig neu überprüft werden. Verschwörungserzählungen und das ständige Infragestellen medizinischer Fachkompetenz (z. B. durch pauschale Angriffe auf die WHO) gehören jedoch nicht dazu.

Eine Minderheit der Teilnehmer der sog. „Hygiene-Demonstrationen“ propagiert gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus und Weltverschwörungs-Theorien. Diese Minderheit versucht, die Kritiker der Anti-Corona-Maßnahmen und der damit verbundenen Eingriffe in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und sie als Rekrutierungsmasse zu nutzen. Dieser Strategie müssen wir durch Offenheit, Dialog und Vermittlung von Informationen entgegenwirken.

Tobias von Pein
und Fraktion